

23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

2./3. Oktober 2004, Kiel, Ostseehalle

Beschluss

Konsequenter Kampf gegen den Rechtsextremismus:

Die Werte der Demokratie bewusst vertreten!

Zivilgesellschaft unterstützen!

Umgang mit den Rechtsextremisten im Parlament

Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen mit 9,2 %, der DVU in Brandenburg mit 6,1 % oder einer rechtsextremistischen Liste etwa in Köln mit 4,7 % belegen die Verwurzelung rechtsextremistischer, autoritärer, rassistischer und antisemitischer Leitbilder. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unerträglich und werden nicht tatenlos hinnehmen, dass 60 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und 15 Jahre nach der demokratischen Revolution in Ostdeutschland Personen in den Kommunal- und Landesparlamenten vertreten sind, die die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und die deutschen Völkermorde leugnen, dem Menschen- und Gesellschaftsbild der Nazi-Partei NSDAP anhängen und antisemitische Propaganda betreiben.

Die rechtsextremistischen Wahlerfolge bedeuten eine Niederlage aller Demokratinnen und Demokraten. In manchen Gegenden zeigen die Wahlerfolge einen grundsätzlichen Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes und einen Angriff auf die grundlegenden Werte von Freiheit und Gleichheit aller Menschen an.

Wider die Protestwahl-These !

Die Wahlerfolge der NPD und der DVU können nicht als „Protestwahl“ verharmlost werden, auch wenn Protestwähler zu diesen Wahlerfolgen beigetragen haben. Die Protestwahl-These versteht nur die Wahlentscheidung als solche als Problem – nicht aber die Einstellungen, die hinter dieser Wahlentscheidung stehen. Gefährlich wäre der Versuch einer Integration des „rechten Rands“ durch deutschnationale Sprüche, „Null-Toleranz“-Geschwätz und *law-and-order*-Parolen. Wir halten es für falsch, Protestwähler mit Rhetorikübungen unter Verzicht auf den Widerspruch gegen autoritäre, antisemitische und rassistische Einstellungen beeindrucken zu wollen.

Die Protestwahl-These ist auch nach den Erkenntnissen der Wahlforschung widerlegt. Der Eindruck ökonomischer Benachteiligung und die Unzufriedenheit mit Politikern führen erst auf Grundlage eines rechtsextremistisch-autoritären Weltbildes zur Wahlentscheidung für rechtsextremistische Parteien. Dies erweist sich an den sächsischen Ergebnissen. In manchen Gegenden Sachsens sind offenbar stabile Stammwähler-Milieus der Rechtsextremen entstanden. So hat die NPD bei der Landtagswahl dort besonders gut abgeschnitten, wo sie schon 1999 ihre Hochburgen hatte. Es handelt sich um die Re

gionen, in denen auch die Schwerpunkte der soziokulturellen Basis und Vorfeldarbeit der Nazis liegen, in denen ihre gesellschaftliche Verankerung und Anerkennung wachsen, in denen jugendhilfliche Angebote fehlen und in denen die Anzahl der Angriffe auf Ausländer und Nicht-Rechte am höchsten ist.

Vor diesem Hintergrund ist der Einzug von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den sächsischen Landtag ein politisches und gesellschaftliches Signal. Wir Grüne sind Teil der politischen und kulturellen Kampfansage gegen Rechtsextremisten und werden auch im Landtag Sachsen Position gegen Rechts beziehen!

Versagen gegen rechts

Teilweise ist es den Rechtsextremen gelungen, die öffentliche Duldung und Anerkennung ihrer Einstellungen und Strukturen durchzusetzen. Dass dies geschehen konnte, war ohne das Versagen der demokratischen Mitte der Gesellschaft nicht möglich. Zu den Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt gehören insbesondere Angehörige von Minderheiten, wie z.B. MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose, Menschen jüdischen Glaubens, Homosexuelle, alternative Jugendliche, die oft genug auch von Teilen der Politik aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden und Diskriminierung ausgesetzt sind. Rassistisch motivierte Gewalttäter erfahren nicht die notwendige konsequente Ablehnung: Viele Menschen stehen ihnen gleichgültig gegenüber oder äußern gar heimliche Zustimmung. Rassismus, ob latent oder gewaltförmig, braucht Feindbilder. Rechtsextremismus ist also ein Problem, dessen Rahmenbedingungen durch die ganze Gesellschaft gesetzt werden. Noch im Jahr 2000 meinte der damalige sächsische Ministerpräsident, die Sachsen seien „immun“ gegen Rechtsextremisten. Ministerpräsident Milbradt verweigerte sich vor der Landtagswahl einer gemeinsamen Erklärung aller Demokraten, stattdessen warnte die CDU vor einem „rot-grün-braunem Chaos“! Wir wollen dagegen alle Demokratinnen und Demokraten für einen gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus gewinnen.

Demokratische Werte selbstbewusst vertreten

Wer rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch Wahlerfolge dauerhaft zurückdrängen will, muss die Rechtsextremisten als politische Herausforderung ernstnehmen. Solange diese nicht als fundamentale Angriffe auf die Demokratie als politisch-gesellschaftliche Leitidee begriffen werden, werden alle Gegenmaßnahmen im Vordergründigen stecken bleiben. Wer Rassisten und Antisemiten dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Demokratie als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offensiv vertreten. Für uns Demokraten ist die Demokratie das politisch-gesellschaftliche System, das die Freiheit und Gleichheit aller Menschen am besten verwirklicht. Dies schließt Kritik an den bestehenden Verhältnissen ein, wir sind aber überzeugt, dass die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten sowie von demokratischen Verfahren allen anderen politischen Entscheidungssystemen bei der Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme überlegen sind.

Wir werden die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in der Gesellschaft voran treiben und ihnen den öffentlichen Raum für ihre neonazistische Hetze nicht überlassen und auch nicht hinnehmen, dass rechtsextreme Demagogen und Gewalttäter sich als Biedermänner Zustimmung erschleichen. Gerade dort, wo Neonazis durch systematische Dominanz den öffentlichen Raum beherrschen, brauchen wir Gegenöffentlichkeit und Unterstützung derjenigen, die den Rechten offen entgegen treten.

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen

Demokratische Kultur meint ein Klima der Toleranz, Angstfreiheit und des Engagements aller Bürgerinnen und Bürger. Sie ist die beste Versicherung gegen autoritäre und rassistische Versuchungen. Es ist die Aufgabe der demokratischen Parteien, Vorschläge für eine größere Transparenz des politischen Systems und für mehr Bürgerentscheidungen und Bürgerbeteiligung vorzulegen.

Auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Haushaltsausschuß wurden die CIVITAS-Programme gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Seit 2001 erhalten diese Initiativen als Modellprojekte Förderung aus dem Bundeshaushalt. Diese Mittel ermöglichen mobile Beratung vor Ort und Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt. Damit tragen die CIVITAS-Programme zum Aufbau und zur Stärkung wichtiger demokratischen, zivilgesellschaftlichen Strukturen in den neuen Bundesländern bei.

Wir begrüßen, dass der Haushaltsausschuß beschlossen hat, die Mittel für Jugendarbeit gegen rechts im Jahr 2005 auf insgesamt 19 Millionen Euro zu erhöhen. Damit fördert die Bundesregierung die CIVITAS-Programme mit 9 Millionen Euro und das Programm ENTIMON mit 10 Millionen.

Dieses zivilgesellschaftliche Engagement bedarf auch in den Folgejahren der langfristigen Unterstützung durch die Bundesregierung sowie durch die Länder, denn besonders in Ostdeutschland gibt es noch immer einen großen Nachholbedarf bei der Bildung von Netzwerken gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Der Freistaat Sachsen hat bisher - im Gegensatz zu anderen neuen Bundesländern - keinen Cent für die Projekte ausgegeben. Wir fordern die neue sächsische CDU/SPD-Koalition auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich an der Finanzierung zu beteiligen.

Umgang mit Rechtsextremisten in den Parlamenten

Der öffentliche Umgang mit den gewählten Rechtsextremisten muss drei Ziele haben:

1. Rechtsextremisten dürfen in der Öffentlichkeit nicht als „ganz normale“ Gemeinderäte oder Abgeordnete erscheinen. Es muss deutlich werden, dass diese die Werte- und Rechtsordnung des Grundgesetzes nicht anerkennen.
2. Demokraten dürfen im Kampf gegen Rechtsextremisten um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen die Demokratie nicht einschränken.
3. Die Auseinandersetzung mit der Anwesenheit demokratiefeindlicher Abgeordneter muss so geführt werden, dass sich die Überlegenheit demokratischer Verfahren und Entscheidungen öffentlich erweist.

Konkret bedeutet dies:

1. Wir BündnisGrüne streben gemeinsame Erklärungen der demokratischen Parteien gegen die Rechtsextremisten in den Parlamenten an, die die gemeinsamen Grundwerte hervorheben, zu denen sich alle Demokraten bekennen. Wir fordern die CDU auf, Erklärungen nicht unter der Vorwand scheitern zu lassen, die PDS sei eine „extremistische“ Partei.
2. Eine politische Zusammenarbeit jedweder Art mit Rechtsextremisten ist ausgeschlossen.
3. Wir lehnen eine Absenkung demokratischer Standards zur Abwehr der Rechtsextremisten ab.
4. Wir werden die Öffentlichkeit über das Auftreten und Anträge der Rechtsextremisten informieren und ihren rassistischen, antisemitischen und autoritären Charakter deutlich machen.